

Alternative für Deutschland (AfD)

Vorsitz: Thomas Schenk

Magistratsmitglied: Stadtrat Thomas Schenk

Wahlergebnis 2016: 11,0 %

Die „Alternative für Deutschland“ (AfD) wurde 2013 gegründet. Zu Beginn profilierte sie sich hauptsächlich als euroskeptische Partei, die besonders die Eurorettung kritisierte, in diesem Zuge aber bereits wirtschaftschauvinistische Botschaften gegenüber südeuropäischen Ländern vertrat. Insbesondere seit 2015 gewannen die Themen Zuwanderung, Asyl, Migration und Islam an Konjunktur.

Die derzeitige Sicht auf die Partei ist geprägt von Flügelkämpfen zwischen vorgeblich gemäßigten und radikalen Kräften. Als Hintergrund dient zudem, dass die Partei und ihre Gliederungen von den Verfassungsschutzämtern teilweise zum rechtsextremistischen Verdachtsfall erklärt wurden bzw. werden soll. Nachdem dies 2019 bereits für die Nachwuchsorganisation Junge Alternative und den völkisch-nationalistisch ausgerichteten „Flügel“ erfolgt war, geht die Partei dagegen juristisch vor.

In ihrer elektoralen Entwicklung gehört die AfD zu den im politischen Wettbewerb erfolgreichsten Parteien an der rechten Flanke des Parteienspektrums seit 1945. In allen 13 Landtagswahlen seit der Bundestagswahl 2013 gelang der AfD der Einzug in die Parlamente. In Hessen gelang der Partei nach dem verpassten Einzug 2013 (4,1 Prozent) bei den Landtagswahlen 2018 mit 13,1 der Einzug in den hessischen Landtag.

Für die Kommunalwahlen 2021 lag zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Profils (Mitte Februar) im Gegensatz zu 2016 kein erneuertes Wahlprogramm vor. In diesem verortete sie sich als Partei mit „wertkonservativen Grundsätzen“. Besonderen Wert legte sie auf Forderungen nach Transparenz und Bürgerbeteiligung an politischen Prozessen. Inhaltlich dominierten die klassischen Parteithemen Zuwanderung und Innere Sicherheit, aber auch die Verkehrsinfrastruktur, etwa die Bestandssicherung von Hauptverkehrsstraßen für den motorisierten Individualverkehr, oder die Förderung von industrieller Fertigung mit Bezug auf Industrie 4.0 wurden thematisiert. In der begleitenden Kommunikation zu ihrer Arbeit in der Stadtverordnetenversammlung betont die AfD-Fraktion ihr Engagement für mehr Bürgerbeteiligung, ihre Kritik an der Politik der Energiewende oder ihre Forderung nach symbolischer Unterstützung von Einsatzkräften von Feuerwehr, Rettungsdienst, Polizei oder anderen Hilfsorganisationen.

Der Wahlvorschlag der AfD umfasst 24 Bewerber. Zudem tritt die Partei in drei Stadtteilen zur Wahl der Ortsbeiräte an: Vorderer Westen, Brasselsberg und Nordshausen.